# Neue Zürcher Zeitung

SCHWEIZER AUSGABE

Heute mit Ticket

Donnerstag, 3. Januar 2008 · Nr. 1 | Der Zürcher Zeitung 229. Jahrgang | Fr. 2.80 · € 2.40 · NZZ Online: www.nzz.ch


## Erdölpreis auf 100 Dollar

*Gold auf dem höchsten Stand seit 1980*

***Fdr.*** Die internationalen Rohwarenmärkte erlebten am ersten Handelstag nach dem Jahreswechsel einen fulminanten Start. Der Erdölpreis knackte am Mittwoch in New York zum ersten Mal überhaupt die Marke von 100 Dollar je Fass. Angesichts der steigenden Nachfrage und der beunruhigenden geopolitischen Entwicklungen dürften weitere Avancen nur eine Frage der Zeit sein. Ein Ausblick in der neusten Opec-Review, der ab 2024 Lieferschwierigkeiten prognostiziert, stimmt jedenfalls nachdenklich. Auch der Goldpreis verzeichnete in New York ein Hoch und notierte mit knapp 865 Dollar je Unze auf dem höchsten Stand seit Januar 1980. Dem gelben Metall verlieh vor allem seine Bedeutung als «sicherer Hafen» für Anleger Auftrieb.

**Börsen und Märkte Seite 25**

## Wahlauftakt in Iowa

*Spannendes Rennen der Kandidaten*

***de.*** Im Gliedstaat Iowa im Mittleren Westen der USA finden am Donnerstag die ersten Vorwahlen im Rennen um die amerikanische Präsidentschaft statt. Dabei bestimmen sowohl Demokraten als auch Republikaner in Wahlversammlungen (Caucuses), welcher der Kandidaten den Staat beim Parteikongress im Sommer vertreten wird. Da der Sieger in den Caucuses von Iowa traditionell eine gute Ausgangslage für den Rest des Wahlmarathons hat, kommt diesem Staat stets eine besondere Bedeutung zu. Entsprechend intensiv haben die Anwärter beider Parteien in den letzten Tagen um Stimmen geworben, und genauso intensiv haben die Medien über die Kampagnen berichtet. Akzentuiert wurde die demokratische Ausmarchung durch extrem hartes Winterwetter.

**International Seite 4**

## In den Waadtländer Alpen

SWISS-IMAGE

Les Diablerets, Leysin, Villars – die Namen kennt man wohl, nur weiss man in der Deutschschweiz mit ihnen wenig zu verbinden. Dabei entpuppen sich die Waadtländer Alpen als attraktives und preisgünstiges Familienskigebiet.

**Reisen und Freizeit B 1**

## Kalte Schweizer Betten

***dsc.*** Der Zweitwohnungsboom setzt die alpine Landschaft zunehmend unter Druck. Zudem sind Ferienwohnungen oft nur während weniger Wochen in der Hochsaison belegt, woraus den Tourismusorten wirtschaftliche Probleme erwachsen. Die Wohnungen werden selten an andere Feriengäste weitervermietet. Von den 450 000 Schweizer Ferienwohnungen sind gerade einmal etwa 20 000 in den elektronischen Buchungssystemen verfügbar. An Mitteln gegen die vielbeklagten kalten Betten mangelt es nicht; es sind mehrere Volksinitiativen unterwegs, etwa zu den Zweitwohnungsquoten. Die Tourismusbranche neigt dazu, die Auslastungsproblematik mit raumplanerischen Argumenten zu vermischen. So sind viele Tourismusvertreter für die Aufhebung der Lex Koller – um ausländischen Investoren die Errichtung hybrider Beherbergungsformen zu ermöglichen.

**Schweiz Seite 11**


**Redaktion und Verlag:** Neue Zürcher Zeitung
Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon 044 258 11 11
**Leserservice:** 044 258 15 30
Weitere Angaben im Impressum Seite 13.

*Ein Mann versucht eine Hütte zu löschen, die bei den Ausschreitungen in Nairobi am Mittwoch in Brand gesetzt wurde. Bei den Unruhen sind mindestens 275 Personen ums Leben gekommen.* KAREL PRINSLOO / AP

# Eingreifen der Armee in Kenya

*Zweifel in der Wahlkommission am «Wahlsieg» von Präsident Kibaki*

Um Vertriebene zu schützen, hat sich in Kenya die Armee in den Konflikt zwischen Opposition und Regierung eingeschaltet. Der Staat scheint in manchen Gebieten die Kontrolle verloren zu haben. In der Wahlkommission herrschen Zweifel über den Sieg der Regierung.

***K. P. Eldoret, 2. Januar***

Am Mittwoch hat sich die kenyanische Armee in die blutigen Auseinandersetzungen nach den Wahlen eingeschaltet. Soldaten räumten im Gebiet der Stadt Eldoret unzählige Strassensperren von Aufständischen weg, während Helikopter über der Konfliktzone kreisten. Es war aber offensichtlich, dass die Armee keine Gewalt gegen die Anhänger des oppositionellen Orange Democratic Movement (ODM) anwenden wollte. Es ging vielmehr darum, die Überlandstrasse, die vom Indischen Ozean über Nairobi bis nach Uganda führt, wieder für den Verkehr zu öffnen. In manchen Gebieten scheint die Regierung jedoch die Kontrolle verloren zu haben.

### Kibakis Legitimität auf einem Tiefpunkt

In Eldoret, rund 260 Kilometer nordwestlich von Nairobi, haben viele Vertriebene vor Angriffen aufgebrachter Oppositioneller Schutz gesucht. Die meisten von ihnen gehören wie Präsident Kibaki zur Ethnie der Kikuyu. Die Blockade der Freischärler, die Angst und Schrecken verbreiten, hat im Westen Kenyas und im benachbarten Uganda zu Versorgungsengpässen geführt. Die Börse von Nairobi erlitt Kursverluste.

Präsident Kibakis Legitimität ist nach dem Wahlbetrug von letzter Woche auf einen Tiefpunkt gefallen. Nach Ansicht der EU-Wahlbeobachter hatte es schwere Unregelmässigkeiten beim Addieren der Stimmen gegeben. Dabei schanzte die «unabhängige» Wahlkommission Kibaki in einzelnen Wahlkreisen bis zu 50 Prozent mehr Stimmen zu, als er wirklich erhalten hatte. Samuel Kivuitu, der Chef der Wahlkommission, gab inzwischen in einem Fernsehinterview zu, dass er Kibaki unter Druck zum Wahlsieger erklärt habe und nicht sicher sei, ob der Präsident wirklich gewonnen habe. Die EU-Beobachter forderten, dass die Auszählung von einem unabhängigen Gremium untersucht werde.

### Verweigerungshaltung der Opposition

Kibaki lud inzwischen die ebenfalls frisch gewählten Parlamentarier zu einem Gespräch ein. Das ODM des Oppositionsführers Raila Odinga boykottierte jedoch dieses Treffen. Odinga will nur in den Dialog mit Kibaki einwilligen, wenn dieser zuvor seine Wahlniederlage eingesteht. Kibaki wiederum bezichtigte das ODM, einen Genozid voranzutreiben. Eine Demonstration, die am Donnerstag in Nairobi stattfinden soll, könnte die Spannungen in der Hauptstadt verstärken. Odinga hofft, eine Million Anhänger zu mobilisieren.

**Augenzeugenbericht Seite 3**

## Ottmar Hitzfeld verlässt den FC Bayern

***jeg.*** Zu Silvester war Uli Hoeness, Manager und Lautsprecher des FC Bayern München, wieder einmal etwas gar redselig. Er bestätigte, dass Trainer Ottmar Hitzfeld den erfolgreichen deutschen Fussballklub Ende Saison verlassen werde. Dem lieferte Hitzfeld am Mittwoch die offizielle Bestätigung nach. Er habe den Entscheid, im Juni Bayern München zu verlassen, der Klubleitung vor drei Wochen mitgeteilt. Damit endet im Sommer der zweite Abschnitt des 59-jährigen Lörrachers in München, wo er zwischen 1998 und 2004 Trainer war – und im Februar 2007 seinen Nachfolger Felix Magath wieder ablöste. Was Hitzfeld künftig machen will, ist noch offen, er spricht von zwei Optionen: der Tätigkeit für ein deutsches Bezahlfernsehen oder jener als Trainer der Schweizer Nationalmannschaft. Beim Schweizer Fussballverband heisst es allerdings, die Suche eines Nachfolgers für Köbi Kuhn beschränke sich nicht nur auf eine Person.

**Sport Seite 48**

## Hypothekenkrise prägt das Finanzjahr 2007

***ra.*** Die Probleme im amerikanischen Hypothekensektor, die schliesslich eine Kredit- und Bankenkrise in den USA und Europa auslösten, haben das Finanzjahr 2007 entscheidend geprägt. Nach einem guten ersten Halbjahr für Aktien glich die zweite Jahreshälfte einer Achterbahnfahrt. Der Swiss-Market-Index beendete das Jahr mit einem Verlust von 3,4 Prozent. Mit Obligationen hatten Anleger ebenfalls wenig Freude, die Gewinne waren meist bescheiden. Anders sah es bei vielen Rohstoffen aus, deren Hausse der Vorjahre sich 2007 fortsetzte. Vor allem Erdöl, Gold und Weizen verzeichneten deutliche Kursgewinne. Geprägt wurde das Finanzjahr 2007 zudem sowohl national als auch international von einem Boom bei Fusionen und Übernahmen. In der Schweiz organisierten sich die Finanzinfrastrukturunternehmen neu, und der Finanzplatz Schweiz entwickelte eine Strategie für die kommenden, herausfordernden Jahre.

**Sonderbeilage SB 1–SB 23**

## Pakistans Regime spielt auf Zeit

*Wahl auf den 18. Februar verschoben*

Das pakistanische Regime hat am Mittwoch eine Verschiebung der für den 8. Januar geplanten Wahlen bekanntgegeben. Beobachter sehen als Grund hierfür vor allem die Angst der Partei des Präsidenten Musharraf vor einer drohenden Wahlniederlage. Weiterhin ist unklar, wer Benazir Bhutto ermordete und woran sie zu Tode kam.

***moe. Delhi, 2. Januar***

Offenbar aus Angst vor einem Wahldebakel spielt der pakistanische Präsident Pervez Musharraf nun auf Zeit. Die für den 8. Januar geplanten Parlamentswahlen sind am Mittwoch um sechs Wochen auf den 18. Februar verschoben worden. In einer Ansprache an die Nation verteidigte Musharraf am Mittwochabend den umstrittenen Schritt als notwendig. Bei den Unruhen nach der Ermordung von Benazir Bhutto sei es zu massiven Schäden bei Wahlbüros und Infrastruktur gekommen. Er kündigte an, dass Scotland Yard die Ermordung Bhuttos mit untersuchen soll. Auch würdigte er Bhutto als «Ikone der pakistanischen Demokratie» und versprach freie, faire und transparente Wahlen.

### Vorwurf umfangreicher Betrügereien

Die beiden grossen Oppositionsparteien wittern allerdings ganz andere Motive hinter dem verschobenen Wahltermin und drohen mit Protesten. Vor allem Bhuttos Volkspartei PPP will an dem Wahltermin vom 8. Januar festhalten. Sie hofft nach der Ermordung ihrer Vorsitzenden auf eine Woge der Sympathie und einen Erdrutschsieg. «Musharraf fürchtet eine vernichtende Niederlage», hiess es aus Kreisen der PPP. Der Mordanschlag hat die Menschen tief schockiert und den Unmut über Musharraf geschürt.

Musharrafs Unterstützerpartei Muslim-Liga (Q) könnte daher ein Waterloo an den Wahlurnen erleben. Angeblich war sie es, die auf die Verschiebung der Wahlen drang. Sie möchte warten, bis der erste Schock über Bhuttos Tod abgeklungen ist. Allerdings gibt es auch Stimmen, die die offiziell genannten Gründe für die Verschiebung für triftig halten. «In der Provinz Sindh wurden elf Wahlbüros bis auf den Erdboden niedergebrannt. Nichts ist übrig von ihnen», sagte der Sekretär der Wahlkommission, Kunwar Muhammad Dilshad.

Bereits seit Wochen werden Vorwürfe laut, dass Getreue Musharrafs bei den Vorbereitungen für die Wahl massiv betrogen hätten, um der Muslim-Liga mehr Stimmen zu sichern. Angeblich wollte Bhutto noch am Tag ihres Todes zwei amerikanischen Parlamentariern Beweise für die Wahlmanipulationen übergeben. Dies sagte zumindest der PPP-Funktionär Latif Khosa. Musharraf möchte offenbar ein allzu feindliches Parlament verhindern. Sollten die Oppositionsparteien mehr als zwei Drittel der Sitze gewinnen und sich gegen Musharraf verbünden, könnten sie den Präsidenten aus dem Amt heben.

### Unklarheiten über Bhuttos Tod

Weiterhin ist unklar, wer Benazir Bhutto ermordete und woran sie zu Tode kam. Die Regierung hält bisher an ihrer Version fest, dass Bhutto sich bei der Bombenexplosion wegduckte, sich am Sonnenverdeck ihres Fahrzeuges stiess und einen Schädelbruch erlitt. Ein neues Video nährt jedoch weitere Zweifel an dieser Version. Darin sieht es so aus, als sei sie durch Kopfschüsse getötet worden. Die Verwirrung um ihren Tod nährt Spekulationen, dass staatliche Institutionen in den Anschlag verwickelt sein könnten.

Unterdessen beginnt sich das Leben in Pakistan wieder zu normalisieren. Viele Geschäfte und Schulen haben wieder geöffnet. Obgleich in tiefem Schock, trauert die Masse der Menschen friedlich um die zweimalige Regierungschefin. Viele blieben in den vergangenen Tagen aus stillem Protest oder aus Angst vor Gewalt in ihren Häusern. Nur eine Minderheit hatte randaliert, Geschäfte geplündert und Wahlbüros demoliert. Bei den Unruhen kamen mehr als 60 Personen ums Leben.

**Weiterer Bericht Börsen und Märkte Seite 25**


**INHALT** 80 Seiten

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Vermischtes | 9 | **NZZkompakt/Wetter** | **10** | Börsen und Märkte | 25 | Zürcher Kultur | 44 |
| | | Schweiz | 11 | Feuilleton | 35 | Sport | 45 |
| | | Wirtschaft | 17 | **TV-/Radioprogramm** | **39** | **Sportresultate** | **46** |
| | | Reflexe | 24 | Zürich und Region | 41 | **ANZEIGEN** | |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Anlagefonds | 6–8, 30–34 | Veranstaltungen | 38, 40 |
| Dienstleistungen | 38 | Tourismus | B 4 |
| Finanzmarkt | 38 | Bildung | B 7 |
| Kino/Kunsthandel | 38 | **Traueranzeigen** | **22, 23** |

# Spaniens Klerus attackiert die Sozialisten

## *Kundgebung für die Familie wird zur politischen Manifestation*

***pgp. Madrid, 2. Januar***

Eine Kontroverse hat am Jahreswechsel das Verhältnis zwischen den spanischen Sozialisten und der katholischen Kirche erneut getrübt. Unter dem Motto «Für die christliche Familie» hatte die Diözese Madrid am Sonntag zu einer Massenkundgebung aufgerufen, zu der sich über 150 000 Gläubige einfanden. Der Erzbischof von Madrid, Kardinal Rouco, verkündete dabei, die spanische Rechtsordnung stelle die von der Uno-Menschenrechtserklärung anerkannte Rolle der Familie als Kern der Gesellschaft in Frage. Kardinal García-Gasco, der Erzbischof von Valencia, geisselte eine «betrügerische Kultur des radikalen Laizismus», die auf dem Weg der Abtreibung, der Express-Scheidung und der ideologischen Manipulation im Schulunterricht die Verfassung verletze und zur Auflösung der Demokratie hinführe. So wurde zu einer politischen Demonstration gegen die Regierung Zapatero, was als liturgischer Anlass angekündigt worden war.

### Konzessionen Zapateros nicht honoriert

Ein grosser Teil der Bischöfe hatte bereits im vorletzten Jahr an politischen Kundgebungen gegen die Homosexuellen-Ehe und die Reform des Katechismus-Unterrichts im neuen Schulgesetz teilgenommen. Im letzten Jahr freilich bemühte sich die Regierung um ein gutes Einvernehmen mit der Kirche; ihre Finanzierung durch Steuergelder wurde erhöht, und ihre mit dem Vatikan vereinbarte privilegierte Stellung wird nicht in Frage gestellt. Dies, obwohl sie mit der Verfassung schlecht harmoniert, welche die Trennung zwischen Kirche und Staat sowie die Gleichbehandlung der religiösen Bekenntnisse postuliert. Auch vom Präsidenten der spanischen Bischofskonferenz, Blázquez, der als Gemässigter gilt, waren in letzter Zeit versöhnliche Worte zu hören. Die sozialistische Parteiführung fühlt sich deshalb vor den Kopf gestossen, wenn konservative Prälaten kurz vor der Eröffnung des Wahlkampfs erneut eine Attacke gegen die Regierung reiten, die allenthalben auch als Plädoyer zugunsten des konservativen Partido Popular verstanden wird.

### Bischöfe als Wahlkämpfer?

Über die Feiertage äusserten sich zunächst einzelne Politiker. Laut dem Parteipräsidenten Manuel Chávez gibt es in Spanien «viele Familien, welche die archaischen, integristischen und ultrakonservativen Vorstellungen einiger Bischöfe nicht teilen». Am schärfsten konterte José Blanco, der Organisationssekretär des PSOE, der von einem seit dem Ende der Franco-Diktatur beispiellosen Angriff der Bischöfe auf die demokratischen Institutionen sprach und ihnen nahelegte, wenn sie schon Politik machen wollten, dann sollten sie bei den Parlamentswahlen kandidieren.

In den Augen von Justizminister Fernández-Bermejo hat der Nationalkatholizismus in Gestalt eines Bündnisses zwischen Kirchenhierarchie und reaktionärer Rechter den Wahlkampf begonnen. In einem Communiqué gab der PSOE schliesslich zu bedenken, dass Demokratie Pluralismus bedeute und der Glaube nicht vom Gesetz verordnet werde. In der zu Ende gehenden Legislatur habe das Parlament zahlreiche neue Gesetze verabschiedet, die der Familie zugute kämen und die Gleichberechtigung vertieften; dazu gehörten auch die von der Kirche abgelehnten Vorlagen.

**Weiterer Bericht Seite 9**

# Gescheiterte Evakuierung von Geiseln der Farc

## *Chávez bezichtigt Kolumbiens Präsidenten der Lüge*

Die Rebellenorganisation Farc hat die von Venezuelas Präsidenten Chávez angekündigte Evakuierung dreier Geiseln aus Kolumbien platzen lassen. Der kolumbianische Präsident Uribe vermutet, eine der Geiseln, ein Kind, sei gar nicht in den Händen der Entführer.

***B. A. Buenos Aires, 2. Januar***

Die linksextremistische Guerilla der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc) hat ihr Versprechen am Montag gebrochen, 3 ihrer über 700 Geiseln, 2 Frauen und ein in Geiselhaft geborenes Kind, freizulassen. Die Farc behaupteten in einer Nachricht an den Präsidenten Venezuelas, Chávez, militärische Operationen der kolumbianischen Armee bedeuteten eine Gefahr für das Leben der Geiseln. Der kolumbianische Präsident, Uribe, trat dem energisch entgegen und liess seinen höchsten Offizier, Padilla, vors Mikrofon treten, der sagte, in den letzten Wochen habe es im Südosten Kolumbiens, wo die Farc ihre Opfer festhalten, keine Kämpfe gegeben. Uribe vermutete, das Kind sei gar nicht in den Händen der Farc.

### Gegenseitige Anschuldigungen

Mit diesen überraschenden Ereignissen endete die von Chávez angekündigte Evakuierung der Geiseln. Es handelt sich um Clara Rojas und ihren 2004 im Busch geborenen Sohn Emmanuel sowie die frühere Abgeordnete Consuelo González, die 2001 verschleppt worden war. Rojas war die politische Partnerin der einstigen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt. Die beiden hatten sich im Februar 2002 leichtsinnig ins Gebiet der Farc begeben und sind seither eine Beute der als Terrororganisation eingestuften Rebellen. Die Farc hatten im Dezember die Freilassung der drei Personen angeboten. Chávez erweckte vergangene Woche den Eindruck, er habe mit der Guerilla alles vorbereitet, es fehle nur das Einverständnis von Uribe. Dieses folgte sofort.

In kurzer Zeit versammelten sich die von Chávez aufgebotenen ausländischen Beobachter, die als Garanten des als «humanitärer Akt» präsentierten Ereignisses fungieren sollten. Ranghöchster Beobachter war Néstor Kirchner, bis vor drei Wochen Präsident Argentiniens. In der kolumbianischen Stadt Villavicencio wartete alles mehr als zwei Tage lang darauf, dass die Farc den Ort bekanntgeben, wo venezolanische Helikopter die Geiseln hätten abholen können. Doch nichts geschah, bis zur Absage der ganzen Übung.

Uribe tauchte am Dienstag überraschend in Villavicencio auf. Seine Rede dort war nicht hämisch, aber die Botschaft an die Beobachter war klar: selber schuld, wer den Farc glaubt. Seine Beteuerung, die Armee sei nicht aktiv gewesen, lässt sich nicht überprüfen. Die Behauptung der Farc wirkt insofern seltsam, als diese seit Jahrzehnten im Busch ausharren und bewiesen haben, dass sie militärischen Offensiven zu entkommen wissen. Chávez, der die Ziele der Farc teilt – wenn auch nicht die Mittel –, sagte, Uribe lüge und habe die Freilassung torpediert: Die Farc hätten ihm gegenüber Wort gehalten. Die Beobachter zogen aus Villavicencio ab, ohne dass sie die Farc aufgefordert hätten, die Geiseln freizulassen und damit aufzuhören, mit Menschenraub Geld und politisches Kapital zu erpressen.

### Warten auf die DNA-Analyse

Laut Uribe liessen Informationen von anderer Seite jüngst den Verdacht aufkommen, ein Kind, das sich seit 2005 in Obhut der staatlichen Fürsorge in einem Waisenhaus in Bogotá befinde, sei Emmanuel, der Sohn von Clara Rojas. Das Kind sei misshandelt, krank und vernachlässigt im Südosten Kolumbiens aufgelesen worden. Zu den Indizien zähle ein nicht richtig verheilter Bruch eines Unterarms. Eine Geisel, die eine Zeitlang neben Rojas gelebt hatte und zu fliehen vermochte, beschrieb eine solche Verletzung an Emmanuel – und andere, mutwillig zugefügte. Nun ist ein Abgleich der DNA des Kindes und diverser Verwandter von Clara Rojas im Gange. Es ist schwer vorstellbar, dass Uribe das Kind ins Spiel gebracht hätte, wenn er an dessen Identität zweifelte, obwohl der Präsident mehrfach von einer Hypothese sprach. Sollte es wirklich Emmanuel sein, stünden die Farc und Chávez sehr viel schlechter da als jetzt schon.

**Kommentar Seite 3**

# Slowenien übernimmt die Präsidentschaft der EU

## *Kosovo als aussenpolitische Priorität*

***Wok. Zagreb, 2. Januar***

Zu Jahresbeginn hat Slowenien von Portugal die EU-Präsidentschaft übernommen und wird diese am 1. Juli an Frankreich weitergeben. Mit Slowenien hat erstmals eines der EU-Neumitglieder dieses protokollarisch und administrativ bedeutsame Amt inne. Die rund zwei Millionen Einwohner zählende ehemalige jugoslawische Republik hatte im Juni 1991 ihre Eigenstaatlichkeit erklärt und ist am 1. Mai 2004 der EU beigetreten. Seit einem Jahr zirkuliert in dem Land der Euro. Slowenien ist knapp halb so gross wie die Schweiz. Am Dienstag wird die slowenische Regierung in einem eigens für die EU-Präsidentschaft errichteten Kongressgebäude nördlich der Hauptstadt Ljubljana mit der EU-Kommission erstmals zusammentreffen.

Ministerpräsident Janez Jansa hat in einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung eine dauerhafte Lösung der Kosovo-Frage sowie die Integration der Länder im westlichen Teil des Balkans in die EU als aussenpolitische Priorität genannt. Er und Aussenminister Dimitrij Rupel haben sich bereits zuvor für eine kontrollierte Unabhängigkeit Kosovos ausgesprochen. Einem ersten Test unterworfen wurde Sloweniens Diplomatie bereits am Dienstag, nachdem im südlichen Nachbarland Kroatien entgegen den Empfehlungen der EU die im Jahre 2004 erklärte Umweltschutz- und Fischereizone in Kraft getreten war. Die neu geltende Nutzungszone könnte in slowenischer Sicht den Verlauf der Meeresgrenze in der Bucht von Piran präjudizieren. Slowenien und Kroatien liegen sich in dieser Frage seit Jahren in den Haaren. Am Verlauf der Meeresgrenze entscheidet sich, ob Slowenien direkten Zugang zu internationalen Gewässern hat.

# Schiessereien und Tötungsaktionen in Gaza

## *Israelische Luftoperation – Erfolgloser Versöhnungsappell Abbas'*

***vk. Limassol, 2. Januar***

Über den Jahreswechsel sind im Gazastreifen mehr als ein Dutzend Palästinenser ums Leben gekommen, 8 von ihnen bei Schiessereien zwischen Anhängern der Fatah und der Hamas. Ein Versöhnungsaufruf von Präsident Abbas verhallte wirkungslos. Am frühen Mittwoch lancierte dann die israelische Armee einen gezielten Schlag gegen bewaffnete Palästinenser. Nach Angaben des Armeesprechers feuerten die Israeli aus der Luft und vom Boden gegen palästinensische Kämpfer, welche aus dem Stadtgebiet Gazas auf israelische Militärangehörige Raketen abgeschossen hatten. Nach palästinensischen Quellen verloren sechs Kämpfer dabei ihr Leben, vier von der Hamas und je einer von den Aksa-Brigaden und den Volkskomitees für Widerstand.

### «Nichts Neues»

Präsident Abbas hatte zum Jahreswechsel in ungewöhnlich versöhnlichem Ton die Hamas aufgerufen, eine neue Seite aufzuschlagen und im Dialog mit ihm einen Weg zurück zur Partnerschaft und zur Rettung der Einheit zwischen Gaza und dem Westjordanland zu suchen. Er schlug auch frühzeitige Wahlen vor, beharrte aber auf der alten Forderung, die Hamas müsse von ihrem Umsturz im Gazastreifen abrücken, der dem Volk nur zusätzliche Leiden gebracht habe. Der radikale Hamas-Führer und ehemalige Aussenminister Zahhar wies die Initiative einen Tag später in einer schriftlichen Erklärung als «nichts Neues» zurück. Besonders stiess er sich an Abbas' Kritik am Waffenstillstandsangebot der Islamisten gegenüber Israel. Er unterstrich, dieses Angebot diene nicht der Rettung der Hamas-Machtpositionen, wie Abbas behauptete, sondern dem Volk. Dann kam es im Gazastreifen zu einer üblen Serie von Schiessereien zwischen Parteigängern der Fatah und der Hamas, wie in den Tagen vor der Machtübernahme der Islamisten im letzten Juni. Insgesamt wurden dabei 7 Palästinenser erschossen, unter ihnen ein Kind und ein alter Mann, und über 150 andere erlitten Verletzungen. Auslöser waren Versuche der Fatah, am Montag den 43. Jahrestag ihrer Gründung zu feiern.

Die Hamas-Behörden verboten aber jede öffentliche Kundgebung, unter anderem als Reaktion auf das Demonstrationsverbot der Regierung Fayad gegen die Hamas im Westjordanland. Am Montagabend wurden vor der Rahma-Moschee in Khan Yunis 2 arglose Zivilisten erschossen und andere verletzt. Die Hamas und die Fatah gaben einander gegenseitig die Schuld für den Zwischenfall. Kurz darauf erschossen Unbekannte in Khan Yunis einen Polizisten der Hamas-Behörden; das Innenministerium bezeichnete das als Racheakt von Fatah-Militanten. Daraufhin zogen die Hamas-Sicherheitskräfte überall im Gazastreifen auf und unterdrückten jeden Ansatz zu einer Kundgebung.

### Clans im Clinch

In der Stadt Gaza entbrannte am Montagabend bei einem Gebäude der Dughmush-Familie ein heftiges Scharmützel mit teilweise schweren Maschinengewehren und raketengetriebenen Granaten. Es begann mit Schüssen von Milizionären der berüchtigten Familie auf eine Patrouille der Sicherheitskräfte, welche mehr Polizisten zur Verstärkung auf den Plan riefen. Als bei der Bergung von Verletzten ein Notabler aus dem Nachbarsklan der Deiri erschossen wurde, übten deren Bewaffnete Blutrache an den Dughmush, verbrannten Lastwagen in deren Besitz und griffen auf seiten der Polizei in die Schiessereien ein.

# Sri Lankas Regierung beendet den Waffenstillstand

*Colombo, 2. Jan. (ap)* Die Regierung in Sri Lanka zieht sich offiziell aus dem vor knapp sechs Jahren vereinbarten Waffenstillstand mit den tamilischen Rebellen zurück. Ministerpräsident Wickramanayake habe dem Kabinett am Mittwoch eine Annullierung der Vereinbarung vorgeschlagen, die einstimmig angenommen worden sei, erklärte Medienminister Anura Yapa der Nachrichtenagentur AP.

Bei einem Bombenanschlag im Zentrum der Hauptstadt Colombo wurden nach Militärangaben am Mittwoch mindestens vier Personen getötet und zwanzig weitere verletzt. Die Explosion ereignete sich in der Nähe eines Busses, in dem Soldaten unterwegs waren. Unter den Toten sind ein Soldat und drei zivile Passanten. Zu dem Anschlag bekannte sich niemand.

DONNERSTAG FREITAG SAMSTAG

30%

AUF ALLE NICHT REDUZIERTEN ARTIKEL!

PKZ

## INTERNATIONAL

### Eingreifen der Armee in Kenya

Um Vertriebene zu schützen, hat sich in Kenya die Armee in den Konflikt zwischen Opposition und Regierung eingeschaltet. Der Staat scheint teilweise die Kontrolle verloren zu haben. In der Wahlkommission herrschen Zweifel am Sieg der Regierung. **1, 3**

### Pakistans Regime spielt auf Zeit

Das pakistanische Regime hat eine Verschiebung der für den 8. Januar geplanten Wahlen bekanntgegeben. Beobachter sehen als Grund vor allem die Angst der Partei des Präsidenten Musharraf vor einer drohenden Wahlniederlage. **1**

### Geiselfreilassung geplatzt

Kolumbiens Farc-Guerilla hat die von Venezuelas Präsident Chávez in Szene gesetzte Geiselfreilassung platzen lassen. In Kolumbien wird vermutet, eine der Geiseln, ein Kind, sei gar nicht in den Händen der Farc. **2, Kommentar 3**

### Tötungsaktionen in Gaza

Über den Jahreswechsel sind im Gazastreifen mehr als ein Dutzend Palästinenser ums Leben gekommen. Ein Versöhnungsaufruf von Präsident Abbas verhallte wirkungslos. **2**

### Neue Fregatten aus Lorient

Zur Teilerneuerung der Hochseeflotte lässt Frankreich im bretonischen Hafen Lorient zwei neue Fregattentypen bauen. Zur Luftraumsicherung kommen die beiden Einheiten der «Horizon»-Klasse bald in Dienst. **5**

## SCHWEIZ

### Kalte Betten in den Bergen

Der Zweitwohnungsboom in den Berggebieten hält unvermindert an, die alpine Landschaft ist bedroht. An Vorschlägen zur Remedur im Berggebiet würde es nicht fehlen. Ihre Anwendung freilich ist umstritten. **11**

### Liechtensteins Jahr der Heimat

Liechtenstein muss nach den Worten von Regierungschef Otmar Hasler auch künftig das friedliche Zusammenleben in einer intakten Umwelt und in einer lebenswerten Landschaft meistern. Haslers Motto für das Jahr heisst deshalb «Heimat mit Zukunft». **13**

### Auf den Spuren der Usego

Die Usego gibt es zwar nicht mehr, in den Köpfen ist aber die vor 100 Jahren gegründete Selbsthilfeorganisation der unabhängigen Detaillisten noch präsent. Spuren hat sie auch in der regionalen Geschichte Oltens hinterlassen. **15**

**Spannender Auftakt zum Wahljahr in den USA.** Die amerikanischen Grossparteien beginnen am Donnerstag in Iowa mit ihren Vorwahlen. Auch Barak Obama muss dabei nicht nur dem Wetter trotzen. **International Seite 4** JIM YOUNG / REUTERS

## WIRTSCHAFT

### Paris will Arbeitsmarktreform

Präsident Sarkozy hat mit einer Ansprache die zweite Etappe seiner Reformpolitik eingeläutet. Priorität hat die Arbeitsmarktreform, die Regierungschef Fillon durchsetzen will, falls die Sozialpartner sich nicht einigen. **17**

### US-Industrie schrumpft

Gemäss dem Manufacturing-Index ist der Industriesektor in den USA im Dezember geschrumpft. Der Gesamtindex fiel unerwartet stark auf einen Wert von 47,7. Besonders der Teilindex für neue Aufträge gab stark nach. **17**

### Stromversorger oft gewechselt

Die deutschen Haushalte haben im letzten Jahr so häufig wie noch nie den Stromversorger gewechselt. Das Potenzial von Preissenkungen ist wegen des schwachen Wettbewerbs zwischen den Anbietern allerdings begrenzt. **17**

### Mailand als sicherer Bankhafen

Die italienischen Finanzinstitute, insbesondere die beiden Mailänder Grossbanken Unicredit und Intesa Sanpaolo, sind weniger von der jüngsten Subprime-Krise betroffen als viele ausländische Konkurrenten. **19**

## FEUILLETON

### Tod des Designers Ettore Sottsass

Mit seinem vielschichtigen, an Neuanfängen reichen Werk hat Ettore Sottsass immer wieder Designgeschichte geschrieben. Nun ist er im Alter von 90 Jahren in Mailand gestorben. **35**

### Wes Anderson filmt in Indien

In «The Darjeeling Limited» schickt der Amerikaner Wes Anderson drei Brüder auf eine komische, nicht allzu spirituelle Reise. **37**

## BÖRSEN UND MÄRKTE

### Erdölpreis bei 100 Dollar

Der Erdölpreis hat am Mittwoch in New York bei einem verhältnismässig tiefen Handelsvolumen zeitweise bei 100 Dollar pro Fass notiert. **25**

| | Vortag | Schluss | Veränderung |
|---|---|---|---|
| SMI | 8484.46 | **geschlossen** | – |
| Dow Jones | 13264.82 | **13043.96** | ▼ –1.67% |
| Nikkei 225 | 15307.78 | **geschlossen** | – |
| Euro in Franken[1] | 1.6524 | **1.6446** | ▼ –0.78 Rp. |
| Dollar in Franken[1] | 1.1328 | **1.1174** | ▼ –1.54 Rp. |
| Erdöl (WTI, in $) | 95.98 | **99.62** | ▲ 3.64 $ |
| Gold (Fr./kg) | 30620 | **31005** | ▲ 385 Fr. |

[1] Kurse 18.45 Uhr

## ZÜRICH UND REGION

### Attacke auf Polizei am Bellevue

In der Neujahrsnacht haben rund 10 unbekannte junge Männer die Polizei attackiert, nachdem diese wegen Sachbeschädigungen an der Bellevue-Tramstation interveniert hatte. **41**

### Biogemüse im Abonnement

Ökologisch produzierte Lebensmittel sind auch im Direktvertrieb gefragt. Dies bekommen auch Landwirtschaftsbetriebe zu spüren, die Bioprodukte im Abonnement vertreiben. **43**

## SPORT

### Hitzfeld kündigt Abschied an

Trainer Ottmar Hitzfeld wird den FC Bayern München nach Saisonende verlassen. Wechsel zu einem Bezahlfernsehen oder Trainer der Schweizer Fussballnationalmannschaft sind die Optionen. **48**

### Eishockey, Nationalliga A, 34. Runde

| | |
|---|---|
| Bern - Ambri-Piotta | 3:1 (1:1, 1:0, 1:0) |
| Freiburg - ZSC Lions | 2:3 (1:1, 0:1, 1:0, 0:1) n. P. |
| Rapperswil - SCL Tigers | 5:7 (2:0, 2:5, 1:2) |
| Lugano - Zug | 1:3 (0:1, 0:1, 1:1) |
| Genf/Servette - Basel | 5:3 (2:0, 2:3, 1:0) |
| Kloten Flyers - Davos | 3:1 (1:0, 0:0, 2:1) |

## VERMISCHTES

### Ecopass für Mailands Innenstadt

Mit Jahresanfang hat Mailand als erste Stadt in Italien im Kampf gegen die Luftverschmutzung eine Abgabe für den Autoverkehr in der Innenstadt eingeführt. Erfasst wird ein nahezu kreisförmiges Gebiet rund um den Dom. **9**

## REISEN UND FREIZEIT

### Skiwelten in den Dolomiten

Dolomiti Superski – das gigantische Skigebiet in den Südtiroler Dolomiten mit seinen 1200 Pistenkilometern lässt kein Skifahrerherz kalt. Einen Höhepunkt bildet dabei die Sella Ronda, eine eindrückliche Rundfahrt um den gewaltigen Sellastock. **B 3**

### «West Side Story» in Zürich

1957 wurde die «West Side Story» in New York zum ersten Mal aufgeführt. Das 50-Jahr-Jubiläum ist Anlass für eine Welttournee des Broadway-Klassikers. Ab Anfang Januar gastiert die temporeiche, dynamische Show im Theater 11 in Zürich. **Ticket B 5**

## NZZ ONLINE

### Eskalierender Kampf in Nairobi

Der kenyanische Oppositionsführer Raila Odinga verschärft den Konfrontationskurs mit der Regierung. Er kündigte an, am Donnerstag trotz Verbot eine Massendemonstration in Nairobi durchzuführen. **www.nzz.ch**

## ZAHLENRÄTSEL NR. 1

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 12 | 5 | | 5 | | 12 | |
| | | 10 | | 5 | | 7 |
| 12 | 9 | 14 | 11 | | | |
| | | | | 5 | | 6 |
| 1 | 6 | | 6 | 9 | 9 | |
| 20 | | 7 | | | | |
| 6 | | 14 | | | 13 | |

**Spielregeln:**
**Gebietssumme:** Die Ziffern 1 bis 7 sind so einzutragen, dass sie in jeder Zeile und jeder Spalte einmal vorkommen. Die kleinen Zahlen in den umrandeten Gebieten geben die Summe im jeweiligen Gebiet an. Innerhalb eines Gebiets können Ziffern mehrfach vorkommen.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 6 | 7 | 5 | 4 | 2 | 3 |
| 6 | 2 | 4 | 7 | 5 | 3 | 1 |
| 3 | 1 | 5 | 6 | 7 | 4 | 2 |
| 7 | 5 | 1 | 3 | 2 | 6 | 4 |
| 5 | 3 | 2 | 4 | 6 | 1 | 7 |
| 4 | 7 | 3 | 2 | 1 | 5 | 6 |
| 2 | 4 | 6 | 1 | 3 | 7 | 5 |

**Auflösung Nr. 303**

## WETTER

### Bewölkt, aber trocken

**Allgemeine Lage.** In den nördlichen Alpentälern bläst ein starker Föhn, der gelegentlich Aufhellungen den Alpen entlang und Höchsttemperaturen bis 12 Grad verursacht. Auf Freitag verlagert das Tief sein Zentrum über die Balearen. In der Nacht erreicht der Föhn Böenspitzen über 100 km/h, und im Tessin schneit es ununterbrochen. Im Laufe des Freitags entspannt sich die Wetterlage allmählich.

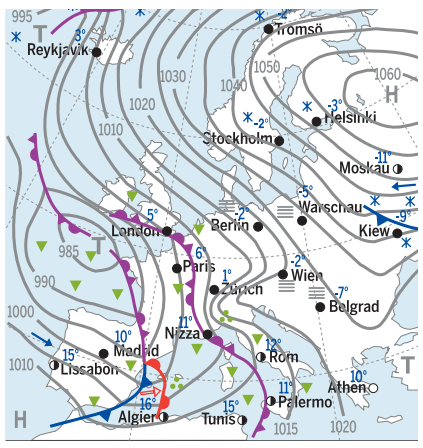
**Prognosen bis Donnerstagabend.** Alpennordseite, Wallis, Nord- und Mittelbünden: Bewölkt, aber trocken. Den Alpen entlang zeitweise föhnige Aufhellungen möglich. Am Vormittag ist am Jura etwas Schneefall nicht ausgeschlossen. Temperaturen am Nachmittag um 1 Grad, in den Alpentälern mit starkem Föhn bis 12 Grad. Alpensüdseite und Engadin: Stark bewölkt und anhaltender schwacher Schneefall bis in die Niederungen. Im Unterengadin wahrscheinlich trocken.

**Aussichten bis Mittwoch.** Im Norden: Am Freitag bewölkt und im Westen gelegentlich etwas Niederschlag. Im Wallis und in den Alpentälern zeitweise starker Föhn. Von Samstag bis Mittwoch wechselhaftes Westwindwetter. Zeitweise etwas Regen, dazwischen Aufhellungen. Mild. Im Süden: Am Freitag stark bewölkt und anhaltender Niederschlag, Schneefallgrenze im Lauf des Tages von den Niederungen auf etwa 1000 Meter ansteigend. Am Samstag bewölkt und abklingender Regen. Von Sonntag bis Mittwoch ziemlich sonnig.

*Meteo Schweiz*

www.meteoschweiz.ch Tel. 162 Eine Nummer für jedes Wetter

### Prognose für heute




### Sonne und Mond

| In Zürich | Aufgang | Höchststand | Untergang |
|---|---|---|---|
| Sonne | 8:13 | 12:30 | 16:47 |
| Mond abnehmend | 3:46 | 8:19 | 12:44 |

### Windrichtungen/-stärken

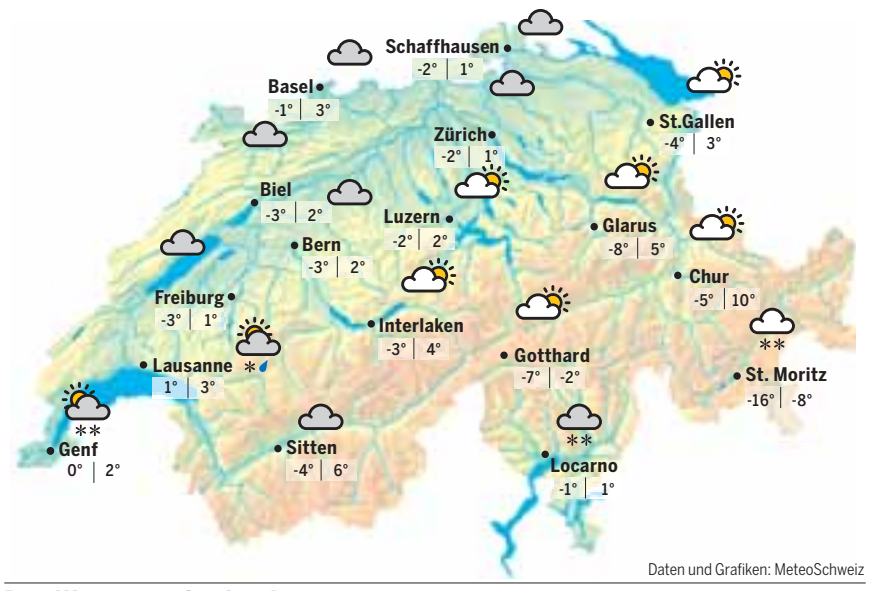
| | 3.1. | 4.1. | | 3.1. | 4.1. |
|---|---|---|---|---|---|
| Zürichsee | SE 1-3 | SE 1-3 | Vierw'see | S 2-4 | S 2-4 |
| Obersee | SE 1-3 | SE 1-3 | Urnersee | S 4-6 | S 4-6 |
| Greifensee | vari 1-2 | vari 1-2 | Thunersee | vari 1-2 | vari 1-2 |
| Walensee | E 3-5 | E 3-5 | Bielersee | vari 1-2 | vari 1-2 |
| Bodensee | SE 1-3 | SE 1-3 | Neuenb'see | vari 1-2 | vari 1-2 |
| Untersee | SE 1-3 | SE 1-3 | Genfersee | vari 1-2 | vari 1-2 |
| Konst. B. | SE 1-3 | SE 1-3 | Petit Lac | vari 1-2 | vari 1-2 |
| Zugersee | S 2-4 | S 2-4 | Silvapl'see | SW 2-4 | SW 2-4 |

Windstärke in Beaufort, vari = variabel.

### Schadstoffe

*(nzz)* Die Mittelwerte von **Feinstaub** (PM10) und **Stickstoffdioxid** bzw. der höchste Stundenwert von **Ozon** des Vortags in µg/m³. Die entsprechenden Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung lauten: 50, 80, 120, der EU-Ozon-Alarmwert 240 µg/m³.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Zürich:** | 23 | 20 | 58 | **St. Gallen** | 21 | 19 | 52 |
| **Bern:** | 42 | 34 | 40 | **Basel:** | 24 | 20 | 61 |
| **Genf:** | 28 | 30 | 44 | **Lugano:** | 23 | 30 | 53 |




Daten und Grafiken: MeteoSchweiz

### Das Wetter im Ausland

Lage am Mittag Ortszeit (2.1.) und Prognose (4.1.)

| | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Europa** | | | München | -2 w | 0 s | Vancouver* | 5 b | 8 Rs | Tel Aviv | 18 s | 19 Rs |
| Amsterdam | 1 s | 2 s | Nizza | 10 w | 11 R | Washington* | 10 s | 6 s | **Asien** | | |
| Athen | 10 w | 11 Rs | Oslo | 0 S | -4 S | **Lateinamerika** | | | Bangkok | 23 s | 29 s |
| Barcelona | 7 w | 13 s | Palma | 14 w | 11 Rs | Bogotá* | 18 s | 15 s | Bombay | 29 s | 33 s |
| Berlin | 0 w | 0 s | Paris | 1 w | 7 Rs | B. Aires* | 29 s | 24 s | Delhi | 18 w | 21 s |
| Bordeaux | 5 s | 12 s | Prag | -2 b | 0 s | Mexico City* | 17 s | 20 s | Hongkong | 14 s | 20 s |
| Brüssel | -1 s | 2 s | Rom | 7 s | 11 R | São Paulo* | 29 w | 30 Rs | Manila | 30 w | 28 Rs |
| Budapest | 1 b | -3 b | Sofia | -5 S | -10 b | **Afrika** | | | Peking | 5 s | 1 s |
| Dublin | 8 w | 9 R | Stockholm | 1 w | -2 b | Dakar | 23 s | 26 s | Seoul | -2 s | 2 s |
| Frankf./M. | 1 w | 2 b | Warschau | -6 w | -9 s | Johannesb. | 26 s | 23 Rs | Schanghai | 5 s | 11 s |
| Hamburg | 1 w | 1 s | Wien | -2 w | -6 Ss | Kairo | 18 s | 19 s | Singapur | 24 Rs | 28 Rs |
| Helsinki | -1 w | -6 s | **Nordamerika** | | | Lagos | 30 s | 29 s | Tokio | 10 s | 9 s |
| Istanbul | 7 w | 5 R | Chicago* | -6 S | -2 s | Nairobi | 24 s | 25 Rs | **Australien, Neuseeland** | | |
| Kopenhagen | 2 S | -1 s | Denver* | -14 s | 11 w | Tunis | 14 w | 12 Rs | Auckland | 23 w | 24 s |
| Las Palmas | 21 s | 19 s | Honolulu* | 24 w | 26 Rs | **Naher Osten** | | | Melbourne | 17 b | 36 s |
| Lissabon | 13 R | 14 s | L. Angeles* | 16 w | 16 R | Dubai | 25 s | 27 s | Perth | 33 s | 33 w |
| London | 5 w | 7 w | Miami* | 28 w | 25 w | Teheran | 0 b | 7 R | Sydney | 28 w | 23 R |
| Madrid | 6 R | 10 s | New York* | 0 b | 4 w | | | | | | |
| Málaga | 15 R | 17 R | San Franc.* | 11 w | 14 Rs | | | | | | |
| Moskau | -10 w | -15 s | Toronto* | -1 S | -3 s | | | | | | |

b – bedeckt; E – Eis (Vereisung); G – Gewitter; R – Regen; Rs – Regenschauer; s – sonnig; S – Schneefall; Ss – Schneeschauer; w – bewölkt. * Erste Kolonne Daten des Vortages.

NZZ ONLINE
Laufend Berichte und Prognosen
www.nzz.ch/wetter/

### Die nächsten vier Tage

| | Freitag | Samstag | Sonntag | Montag |
|---|---|---|---|---|
| Nordschweiz | 1° | 3° | 4° | 3° |
| Westschweiz | 3° | 4° | 5° | 7° |
| Südschweiz | 3° | 6° | 8° | 6° |

| | Wind (km/h) | | (°C) |
|---|---|---|---|
| 3000 m | SW | 40-60 | -8° |
| 2000 m | S | 40-60 | -2° |
| 1000 m | SE | 20-30 | +4° |

Gut, dass es die Rega gibt.
rega
Besser, wenn man sie nie braucht!
Rega-Gönnerinnen und Gönner geniessen Vorteile. Informieren Sie sich:
0844 834 844
www.rega.ch

# Eine Viertelmilliarde für mehr Wettbewerb

## *Die Ostschweizer Kantone im Sog von Steuersenkungen*

Die Ostschweizer Kantone gehören zu den Gewinnern der NFA: Ihnen fliesst dieses Jahr zusätzlich eine Viertelmilliarde Franken zu. Das meiste investieren sie in Steuersenkungen und in die Anheizung des Steuerwettbewerbs.

***kru. St. Gallen, 2. Januar***

Der Streit war heftig. Beat de Coi, Unternehmer und Gründer der Technologiefirma Cedes in Landquart, warf vergangenen Oktober dem Kanton Graubünden vor, zu wenig für die Ansiedlung seiner neuen Chip-Fabrik getan zu haben. Volkswirtschaftsdirektor Hansjörg Trachsel wies die Kritik zurück. Dennoch sah sich die Bündner Regierung genötigt, die Vorgänge um die Chip-Fabrik untersuchen zu lassen, ebenso die Ausrichtung der kantonalen Wirtschaftsförderung, verfügt Graubünden doch als einziger Ostschweizer Kanton über ein Gesetz, das Beiträge in zweistelliger Millionenhöhe an ansiedlungswillige Unternehmen zulässt. Josef Keller, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons St. Gallen, nannte das Gesetz einen «ordnungspolitischen Sündenfall».

Ausgerechnet in Sargans, auf St. Galler Boden, kommt nun die erste Chip-Fabrik der Schweiz zu stehen. Ausschlaggebend war die Möglichkeit, die Produktionsstätte ins Felsmassiv des Gonzen zu sprengen, wo die Erschütterungen für die heikle Chip-Produktion äusserst gering sein werden. Ausdrücklich lobte Beat de Coi aber den Sarganser Gemeindepräsidenten Erich Zoller sowie Josef Keller. St. Gallen hatte zwar beschränkte Möglichkeiten finanzieller (steuerlicher) Zugeständnisse, überzeugte ihn aber durch professionelles und persönliches Engagement. Die Chip-Fabrik wird im strukturschwachen Sarganserland 500 Arbeitsplätze schaffen; die Investitionen beziffert de Coi mit 150 Millionen Franken.

### Ostschweizer Nachholbedarf

Das Ringen um die Chip-Fabrik ist symptomatisch für den angeheizten Standortwettbewerb. Die sieben Ostschweizer Kantone St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Schaffhausen, Glarus sowie die beiden Appenzell haben dabei Nachholbedarf: Sie gelten als ressourcenschwach, ihre Standortqualität ist unterdurchschnittlich, die steuerliche Belastung bis anhin relativ hoch. Im Gesamtindex der kantonalen Steuerbelastung rangieren sie im Mittelfeld oder im hinteren Drittel, einzig der Thurgau ist auf Rang 5 vorgerückt. Er wird in einer Studie der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell (IHK) denn auch als Gewinner der letzten Jahre bezeichnet: Bevölkerung und Beschäftigung seien angestiegen, die Nähe zu Zürich und zum Bodensee werde geschickt als Stärke ausgespielt. Die relative Schwäche führt dazu, dass die Ostschweiz überdurchschnittlich von der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) profitiert. 918 Millionen Franken fliessen dieses Jahr in die sieben Kantone, das sind 250 Millionen Franken mehr als bisher. Sechs Kantone profitieren von zusätzlichen Geldern, allen voran St. Gallen mit 153 Millionen. Einzig Glarus wird ungefähr gleich hohe Ausgleichszahlungen erhalten wie bisher.

### 186 Millionen Franken weniger steuern

Die Ostschweizer Kantone nutzen die Entlastungen durch die NFA, um im Steuerwettbewerb Terrain gutzumachen. Sie haben allesamt Steuersenkungen und Gesetzesrevisionen beschlossen, die im angelaufenen Jahr mit mindestens 186 Millionen Franken zu Buche schlagen werden. Noch nicht eingerechnet ist eine allfällige Senkung des Steuerfusses in Glarus, über die Anfang Mai erst noch die Landsgemeinde entscheiden muss. Im Übrigen hat einzig Schaffhausen auf eine Senkung des Staatssteuerfusses verzichtet, diesen gar um sechs Prozent angehoben. Dabei geht es aber um den Ausgleich für die neu geordnete Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden: Die Schaffhauser Gemeinden sind im Gegenzug verpflichtet, ihre Steuern um mindestens sechs Prozent zu senken, womit die Belastung für die Steuerzahler nicht ansteigen wird. Erst für 2009 wirksam wird die bereits beschlossene Steuerfusssenkung in Graubünden.

Gesetzesrevisionen sind auf Anfang Jahr in den Kantonen Graubünden, Thurgau, Schaffhausen, Glarus und Appenzell Ausserrhoden in Kraft gesetzt worden, und bereits laufen in sämtlichen Ostschweizer Kantonen die Vorbereitungen für weitere Steuerentlastungen mittels Gesetzesrevision. Die Argumentation ist stets dieselbe: Man müsse auf die aggressive Steuerpolitik der Nachbarkantone reagieren. Niemand gerät gerne in den Ruf, den Steuerwettbewerb aus eigenem Antrieb zu forcieren.

Der Innerrhoder Säckelmeister Sepp Moser warnte während der Budgetdebatte denn auch vor weiteren übermässigen Steuersenkungen: Derzeit herrsche kein fairer Wettbewerb mehr. Innerrhoden müsse über Qualität und Identität, nicht über Rabatte verkauft werden. Kreativität, nicht Dumping bei Steuern sei gefragt. Moser hatte wohl vor allem den andern Appenzeller Halbkanton im Auge, der in der Ostschweiz die aggressivste Steuerpolitik betreibt. Ausserrhoden hat unter anderem die Gewinnsteuer für Unternehmen auf den Tiefstsatz von sechs Prozent gesenkt. Allerdings steht Ausserrhoden mit dem Rücken zur Wand, wie die IHK in ihrer Studie feststellte. Seit Jahren verliert es kontinuierlich Einwohner. Mit tiefen Steuern sollen deshalb Unternehmen angelockt werden. Ebenso nötig sind die Erschliessung von Bauland und der Bau neuer Wohnungen.

### Anwerbung im angrenzenden Ausland

Eine zentrale Rolle im verschärften Wettbewerb spielen die kantonalen Wirtschaftsförderer. Das aktive Abwerben von Unternehmen aus Nachbarkantonen ist allerdings verpönt; der Innerrhoder Dominik Baldegger bezeichnet es «als volkswirtschaftlichen Unsinn». Aktiv sind die meisten Kantone hingegen in Süddeutschland und in Vorarlberg. St. Gallen setzt einen weiteren Schwerpunkt in Nordeuropa, Schaffhausen in den USA und in Indien. Steuererleichterungen werden gezielt eingesetzt: In Graubünden kommen 27 Firmen in den Genuss von entsprechenden Vergünstigungen, in St. Gallen sind es 17; die anderen Kantone geben keine Zahlen bekannt. Dass die Ansiedlung von Steuerzahlern – sowohl von juristischen wie natürlichen Personen – derzeit durchaus erfolgreich verläuft, zeigt sich anhand der pauschalbesteuerten Ausländer: In Graubünden, Appenzell Ausserrhoden, St. Gallen und Glarus ist deren Zahl allein im letzten Jahr um 20 angestiegen.

**Die Ostschweizer Kantonshaushalte im Überblick**

**Angaben in Millionen Franken**

| | Laufende Rechnung Aufwand | Ertrag | Saldo | Steuereinnahmen | Steuerfuss[1] |
|---|---|---|---|---|---|
| **St. Gallen** | | | | | |
| 2008 (Budget) | 3939,8 | 3926,9 | –13,0 | 1642,1 | 105 |
| 2007 (Budget) | 3746,2 | 3742,7 | –3,5 | 1742,0 | 115 |
| 2006 (Rechnung) | 3618,8 | 3783,3 | 164,5 | 1760,6 | 115 |
| **Graubünden** | | | | | |
| 2008 (Budget) | 2449,6 | 2505,5 | 55,9 | 756,6 | 105 |
| 2007 (Budget) | 2283,2 | 2321,9 | 38,6 | 727,3 | 105 |
| 2006 (Rechnung) | 2211,1 | 2332,5 | 121,3 | 733,5 | 105 |
| **Thurgau** | | | | | |
| 2008 (Budget) | 1623,4 | 1635,0 | 11,6 | 650,4 | 127 |
| 2007 (Budget) | 1445,1 | 1435,3 | –9,7 | 645,5 | 132 |
| 2006 (Rechnung) | 1423,4 | 1433,3 | 9,8 | 649,4 | 132 |
| **Schaffhausen** | | | | | |
| 2008 (Budget) | 593,7 | 597,5 | 3,8 | 273,1 | 112 |
| 2007 (Budget) | 582,6 | 586,8 | 4,2 | 254,5 | 106 |
| 2006 (Rechnung) | 555,5 | 590,0 | 34,6 | 255,2 | 111 |
| **Glarus** | | | | | |
| 2008 (Budget) | 446,8 | 447,7 | 0,9 | 138,0 | [2] |
| 2007 (Budget) | 399,0 | 400,2 | 1,2 | 136,7 | 95 |
| 2006 (Rechnung) | 404,9 | 406,4 | 1,5 | 138,1 | 95 |
| **Appenzell A.-Rh.** | | | | | Einheiten |
| 2008 (Budget) | 406,2 | 406,7 | 0,5 | 131,7 | 3,0 |
| 2007 (Budget) | 389,3 | 389,0 | –0,3 | 142,3 | 3,3 |
| 2006 (Rechnung) | 387,7 | 387,4 | –0,3 | 142,8 | 3,3 |
| **Appenzell I.-Rh.** | | | | | |
| 2008 (Budget) | 129,6 | 134,5 | 4,8 | 35,5 | 85 |
| 2007 (Budget) | 125,2 | 123,3 | –1,9 | 36,5 | 90 |
| 2006 (Rechnung) | 126,0 | 126,1 | 0,1 | 38,9 | 90 |

[1] In Prozent; [2] Landsgemeinde entscheidet.

*Aus der Nachbarschaft*

# Weltoffen agieren, auf Traditionen besinnen

## *Liechtensteins Regierungschef propagiert Jahr der Heimat*

***G. M. Vaduz, 1. Januar***

Nicht nur das friedliche Zusammenleben zwischen Einheimischen und der stetig steigenden Zahl an ausländischen Zuwanderern müsse Liechtenstein weiterhin gelingen, sondern das Fürstentum müsse auch alles daran setzen, dass dieses Zusammenleben in einer intakten Umwelt und in einer lebenswerten Landschaft möglich sei. Regierungschef Otmar Hasler hat zur Verwirklichung dieses Ziels das Motto «Heimat mit Zukunft» gewählt, das seine Regierungsarbeit das ganze Jahr hindurch begleiten soll. Dem kleinen Land müsse es gelingen, einerseits die Heimat zu bewahren, anderseits den international ausgerichteten Wissens- und Wirtschaftsstandort auszubauen. Nach seinen Vorstellungen könnten Moderne und Tradition nebeneinander und in Verbindung miteinander stehen, damit Liechtenstein als weltoffener Staat seinen Verpflichtungen gegenüber der internationalen Staatenwelt nachkomme und den Bewohnern gleichzeitig eine Heimat biete, die Werte und Traditionen hochhalte, Lebensqualität biete und den sozialen Zusammenhalt fördere, erklärte Hasler.

### Erfolgreiches Wirtschaftsjahr 2007

Der in seiner Neujahrsbotschaft zum Ausdruck gebrachte Optimismus des Regierungschefs gründet auf den Erfolgen des Wirtschaftsjahres 2007, das durch alle Branchen hindurch hohe Wachstumsraten bescherte. Der Staat konnte seine Schatullen durch die munter sprudelnden Steuerquellen weiter füllen und sich damit den Rücken freihalten für Zukunftsprojekte. Hasler liess dabei nicht unerwähnt, dass der zwischen 1999 und 2001 international an den Pranger gestellte Finanzplatz Liechtenstein innert kürzester Zeit auf einen international anerkannten Stand gebracht wurde. Derzeit arbeite die Regierung, aufbauend auf diesem Fundament, an Visionen für die Entwicklung des Finanzplatzes unter Berücksichtigung des Industriestandortes. Für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein würden im Rahmen des breit angelegten Projektes «Futuro» Zukunftsstrategien erarbeitet, um synchron zu den globalen Marktbedingungen die optimalen Rahmenbedingungen bereitstellen zu können.

### Integrationspolitik im Zentrum

Der Regierungschef appellierte in seiner Neujahrsbotschaft an den Reformwillen der Wirtschaft und der Bevölkerung, damit die geplanten Neuerungen zügig über die Bühne gebracht werden könnten. Die Regierung hofft im Weiteren, im Jahre 2008 in der Integrations- und Ausländerpolitik wesentliche Schritte vorwärtszumachen. Ein Drittel der knapp 36 000 Einwohner Liechtensteins sind Ausländer aus nicht weniger als 90 verschiedenen Herkunftsländern.

Konsens herrscht in den politischen Kreisen darüber, dass für eine erfolgreiche Integration der Erwerb der Landessprache Deutsch eine unabdingbare Voraussetzung ist. Wie weit auf die Fremdsprachigen aber Druck zum Nachweis der deutschen Sprachkenntnisse ausgeübt werden soll, ist derzeit noch umstritten und dürfte mit Blick auf die Wahlen Anfang 2008 ein heftig diskutiertes Thema werden. Während in dieser Angelegenheit der Staat einen gewissen Druck ausüben soll, steht die Regierung anderseits dem Druck der Wirtschaft gegenüber, die restriktive Zulassungspolitik für ausländische Arbeitskräfte zu lockern. Über den richtigen Weg der Ausländerzulassung wird noch gefeilscht, doch das Ziel ist bekannt, wie Hasler kürzlich in einem Interview darlegte: «Eine geglückte Integrationspolitik ist die Grundlage für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort.»

## KURZMELDUNGEN

**Leichter Rückgang bei «Nez Rouge».** Von Anfang Dezember bis zum 1. Januar haben 7585 Freiwillige im Rahmen der Heimfahraktion «Nez Rouge» in der ganzen Schweiz mit 11 291 Fahrten 23 537 Personen nach Hause gebracht. Damit ist die Zahl der beförderten Personen um 3,4 Prozent zurückgegangen, während die Anzahl Helfer zugenommen hat, wie «Nez Rouge» mitteilte. Mit den Fahrdiensten soll verhindert werden, dass alkoholisierte Lenker sich und andere gefährden. *dsc.*

**Taizé-Treffen in Genf.** Über 38 000 Jugendliche haben in der Genfer Palexpo am 30. Internationalen ökumenischen Taizé-Treffen teilgenommen. Während fünf Tagen beteten die jungen Leute aus über 50 Ländern und tauschten sich aus. Zum Abschluss feierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Nacht auf Neujahr ein Fest der Nationen an 150 Orten zwischen dem französischen Bellegarde und Montreux. Am Neujahrstag assen sie bei ihren Gastfamilien zu Mittag, wie Frère Emile von der Taizé-Gemeinschaft auf Anfrage sagte. Danach machten sie sich auf den Heimweg. *(sda)*

**Strom-Rekord nur knapp verfehlt.** Das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) hat im abgelaufenen Jahr die zweithöchste Stromproduktion seit der Inbetriebnahme im Jahre 1972 erzielt. Mit 3010 Millionen Kilowattstunden (kWh) wurde das Fünf-Jahres-Mittel von 2942 Millionen kWh deutlich übertroffen und der Rekord des Jahres 2005 nur knapp verfehlt, wie die BKW FMB Energie AG am Mittwoch mitteilte. Die Anlage speiste während 8021 Stunden (91,7 Prozent der Jahreszeit) Strom ins Netz. *(ap)*

**FDP-Frauen und liberale Frauen vereinen sich.** Während die Mutterparteien über eine allfällige Fusion noch verhandeln, sind die Frauen der FDP und der Liberalen Partei zur Tat geschritten. Ab dem 1. März sind sie unter der Bezeichnung «FDP-Frauen Schweiz – Wir Liberalen» in einer Gruppe vereint. *(sda)*

**Feier zur Beförderung des neuen Armeechefs.** Brigadier Roland Nef ist am 31. Dezember 2007 im Rahmen einer kleinen Feier auf Schloss Jegenstorf zum Korpskommandanten befördert worden. Unter den 20 Anwesenden waren unter anderen Bundesrat Samuel Schmid, der abtretende Armeechef Christophe Keckeis sowie die Kommandanten der Luftwaffe und des Heers. *(sda)*

**Preis für Lausanner Hypertonie-Forscher.** Der mit 100 000 Franken dotierte «sanofis-aventis heart prize» geht in diesem Jahr an Michel Burnier und Murielle Bochud vom Centre Hospitalier Universitaire Vaudois in Lausanne. Wie das Pharmaunternehmen am Donnerstag mitgeteilt hat, werden die beiden Mediziner damit für ihre Beiträge zur Erforschung der genetischen Ursachen des Bluthochdrucks ausgezeichnet. Bei Betroffenen und deren Angehörigen hätten sie bei zwei Genen Mutationen identifiziert, die sich auf die körpereigene Blutdruckregulation und die Salzausscheidung durch die Nieren auswirkten. *vbe.*

## AUS DEN KANTONEN

**Friedensrichterwahl unzulässig beeinflusst.** Der Oberamtmann des Freiburger Sensebezirks, Nicolas Bürgisser, hat mit einer Sitzung zu den Friedensrichterwahlen, zu der er nur einen Teil der Grossräte des Bezirks einlud, das Gleichbehandlungsgebot verletzt. Dies hat der Staatsrat festgehalten. Der Oberamtmann hatte die Mitglieder der SP und der Christlichsozialen nicht eingeladen. *(sda)*

**Wechsel in der Schaffhauser Regierung.** Der freisinnige Schaffhauser Regierungsrat Hans-Peter Lenherr übergab zum Jahresende sein Amt an den Parteikollegen und bisherigen Staatsschreiber Reto Dubach. Dieser hatte die Nachwahl in die Regierung bereits im Spätsommer gewonnen. Lenherr kündigte seinen vorzeitigen Rücktritt an, weil er sich um ein Nationalratsmandat bewarb. Für viele unerwartet, unterlag er dann im Oktober dem jüngeren Herausforderer aus der SVP, Thomas Hurter. Lenherr hatte der Schaffhauser Regierung während 16 Jahren angehört, zunächst als Erziehungs-, dann seit 2001 als Baudirektor. *Hr.*

## PERSONALIEN

**Kernkraftwerk unter neuer Leitung.** Der 64-jährige Ingenieur Walter Nef übergibt die Leitung des Kernkraftwerks Beznau (KKB) nach zehn Jahren an den 55-jährigen Urs Weidmann. Der promovierte Physiker Weidmann war zwischen 1988 und 2005 bereits als Abteilungsleiter und als stellvertretender Kraftwerksleiter für das KKB tätig. Seither leitete er das Sicherheits-Controlling im Kernkraftwerk Leibstadt. *(sda)*

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 229. Jahrgang

REDAKTION
**Chefredaktor:** Markus Spillmann
**Stellvertreter:** Hansrudolf Kamer
**Koordination:** Beat Brenner

**International:** Hansrudolf Kamer, Reinhard Meier, Jürg Dedial, Beat U. Wieser, Cyrill Stieger, Anton Christen, Jürg Bischoff, Oswald Iten, Werner J. Marti, Andrea Spalinger

**Schweiz:** Matthias Saxer, Christoph Wehrli, Bruno Lezzi, Claudia Schoch, Walter Hagenbüchle, Alfred Neukom, Hanspeter Mettler, Claudia Baer, Claudia Wirz, Markus Hofmann, Martin Senti, Paul Schneeberger, Simon Gemperli; **Bundeshaus:** Beat Waber, Monika Rosenberg, Katharina Fontana, Daniel Gerny, Eva Matter Schaffner

**Wirtschaft/Börse:** Gerhard Schwarz, Heinz Bitterli, Thomas Kreyenbühl, Jost Willi, Reinhold Gemperle, Beat Brenner, Werner Enz, Beat Gygi, Ermes Gallarotti, Nicole Rütti Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Marco Kauffmann Bossart

**Feuilleton:** Martin Meyer, Marianne Zelger-Vogt, Christoph Egger, Roman Hollenstein, Angela Schader, Peter Hagmann, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Bucheli

**Zürich:** Thomas Ribi, Thomas Felber, Alois Feusi, Michael Baumann, Adrian Krebs, Rebekka Haefeli, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Florian Sorg, Irène Troxler, Marcel Gyr, Jürg Meier, Benjamin Tommer, Urs Bühler, Michael Furger, Kuno Gurtner, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Gordana Mijuk; **Zürcher Kultur:** Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays

**Sport:** Felix Reidhaar, Peter Jegen, Christoph Fisch, Jan Mühlethaler, Thomas Renggli, Flurin Clalüna, Andreas Kopp

**Nachrichtenredaktion:** Nicoletta Wagner

**Wissenschaft / Forschung und Technik:** Heidi Blattmann, Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Vera Bettenworth

**Beilagen (Mobil · Digital / Reisen und Freizeit / Dossier):** Walter Hagenbüchle, Friedemann Bartu, Rainer Stadler, Stefan Betschon, Susanna Müller

**Weitere Redaktionen** (Leitung): **NZZ Folio:** Daniel Weber; **NZZ Film und Fernsehen:** Wolfgang Frei; **NZZ Online:** Fredy Greuter; **NZZ am Sonntag:** Felix E. Müller

VERLAG UND PRODUKTION
**Direktor:** Daniel Hofer

ADRESSEN
**Redaktion:** Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29
Internet: www.nzz.ch E-Mail: redaktion@nzz.ch

**Verlag:** Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 13 23, E-Mail: verlag@nzz.ch

**Leserservice:** Postfach, CH-8021 Zürich
**Schweiz:** Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39
E-Mail: leserservice-schweiz@nzz.ch
**International:** Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, E-Mail: leserservice-international@nzz.ch

**Inserate:** Publicitas, NZZ Media
Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich
Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70
E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch
Internet: www.nzzmedia.ch

**Druck:** Zürcherstr. 39, CH-8952 Schlieren; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74, E-Mail: print@nzz.ch

PREISE (INKL. MWST)
**Abonnement Inland inkl. Internetausgabe NZZGlobal:** 443 Fr. (12 Monate), 244 Fr. (6 Monate), 135 Fr. (3 Monate). Für Umleitungen wird eine Bearbeitungsgebühr von 7 Fr. erhoben. Unterbrüche, die mehr als 6 aufeinanderfolgende Ausgabetage umfassen, werden ab der 7. Ausgabe vergütet.

**Abonnement inkl. NZZ am Sonntag und Internetausgaben NZZGlobal:** 532 Fr. (12 Monate), 300 Fr. (6 Monate), 170 Fr. (3 Monate)

**Abonnement Deutschland und Österreich inkl. Internetausgaben NZZGlobal:** 33 € (pro Monat bei Jahresabonnement). Übrige Auslandpreise auf Anfrage

**Studenten und Lernende:** 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- und Lehrlingsausweis)

**Abonnement NZZGlobal:** 310 Fr. (12 Monate), 170 Fr. (6 Monate), 95 Fr. (3 Monate)

**Anzeigen:** gemäss Preisliste vom 1. 1. 2008

BEGLAUBIGTE AUFLAGE
**Verkaufte Auflage:** 143 875 Expl. (WEMF 2007)

GESCHÄFTSLEITUNG
Markus Spillmann,
Daniel Hofer, Alfred Hümmerich

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG